



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 19. September 2012

Aus Berlin

Diskussion um Nutzenbewertung für Medizinprodukte

Die gesundheitspolitischen Sprecher von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, haben sich für eine Nutzenbewertung von Medizinprodukten ausgesprochen. „Für bestimmte Produkte brauchen wir kontrollierte Studien als Auflage für eine Zulassung“, forderte Karl Lauterbach (SPD) auf einem Treffen des Bundesverbandes Medizintechnologie. Es sei sinnvoller, zunächst zu schauen, ob ein Medizinprodukt etwas nutze, als erst viel Geld in die neue Technik zu investieren und diese später möglicherweise wieder abschaffen zu müssen, erklärte Birgitt Bender (Bündnis 90/Die Grünen). Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) erteilte einer Änderung der Zulassungsregelungen eine Absage. Die Marktzugangsregelungen für Medizinprodukte hätten sich bewährt. „Wir brauchen keine staatliche Zulassung, sondern eine bessere Überwachung von Medizinprodukten“, sagte Bahr. ([Deutsches Ärzteblatt, 13. September](#))

Apotheker fordern mehr Honorar

In einem Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) bekräftigte Heinz-Günter Wolf, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), die Forderung der Apothekerschaft, das Festhonorar an die tatsächlichen Sach- und Personalkostensteigerungen anzupassen. Drei Prozent mehr Honorar für neun Jahre, wie ursprünglich vorgesehen, reichten nicht aus und seien existenzgefährdend, stellte Wolf fest. Rösler erklärte, dass die Bundesregierung zusätzliche Verbesserungen der Honorierung auf den Weg bringen werde. Er wolle insbesondere sehr schnell die flächendeckende Versorgung, gerade auf dem Land, durch zusätzliche Mittel für den Notdienst der Apotheken stärken und hierzu eine neue Regelungssystematik einführen. ([Pressemitteilung der ABDA, 13. September](#))

Datentransparenzverordnung tritt in Kraft

Die Verordnung zur Umsetzung der Vorschriften über die Datentransparenz im Gesundheitswesen ist in Kraft getreten. Die Verordnung setzt die mit dem Versorgungsstrukturgesetz neu gefassten gesetzlichen Vorgaben zur Datentransparenz um. Mit den Daten lassen sich unter anderem die Häufigkeit bestimmter Diagnosen und die Verordnung bestimmter Arzneimittel bei diesen Diagnosen ermitteln und altersbezogen darstellen. ([Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit, 18. September](#))

Aus KBV und KVen

Bedenkzeit: KBV und Krankenkassen verhandeln Anfang Oktober weiter

Die KBV und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) haben die [Honorarverhandlungen](#) auf den 4. Oktober verschoben. Die Gespräche auf Vorstandsebene hätten gezeigt, dass beide Seiten an einer Lösung interessiert und weitere fachliche Vorarbeiten nötig seien, begründeten sie die Entscheidung. Die Krankenkassen haben inzwischen ein neues Angebot vorgelegt. Sie wollen das ärztliche Honorar um insgesamt 900 Millionen Euro erhöhen. Allerdings beinhaltet dies auch Faktoren wie die Morbiditätsrate, über die zuvor noch nicht verhandelt wurde. Bei dem Honorarstreit geht es hauptsächlich um den Orientierungspunktwert. Diesen wollen die Krankenkassen weiterhin um lediglich 0,9 Prozent erhöhen. Die KBV fordert insgesamt ein Plus von elf Prozent.

Am 13. September ergab eine Urabstimmung unter Ärzten aus 30 Ärzteverbänden, dass rund 75 Prozent für Praxisschließungen plädieren. Die Allianz deutscher Ärzteverbände kündigte an, die Protestmaßnahmen bis zum nächsten Verhandlungstermin Anfang Oktober auszusetzen. Die Vorbereitung für weitere Aktionen würde aber im Hintergrund fortgesetzt, hieß es. Die niedergelassenen Ärzte hielten sich weiterhin bereit, notfalls ihre Praxen zu schließen. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Thüringen hingegen rief die Niedergelassenen auf, am 28. September mit einem „Tag der Kassenbürokratie“ Praxen für Verwaltungsarbeiten zu schließen.

([Gemeinsame Pressemitteilung der KBV und der Allianz Deutscher Ärzteverbände, 13. September](#); [Gemeinsame Pressemitteilung der KBV und des GKV-Spitzenverbandes, 14. September](#); [Resolution der KV Thüringen, 15. September](#); Agenturmeldung, 14. September)

KV-on im Interview mit Dr. Dirk Heinrich

In einer Urabstimmung hat sich die Mehrheit der teilnehmenden Ärzte für Streiks und Praxisschließungen ausgesprochen. Über Hintergründe und mögliche Konsequenzen aus dem Ergebnis sprach das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), KV-on, mit Dr. Dirk Heinrich, Bundesvorsitzender des NAV-Virchow-Bundes und Sprecher der Freien Allianz der Ärzteverbände. Zu diesem Zeitpunkt war die Verschiebung der Honorarverhandlungen nicht bekannt. ([Video auf KV-on, 13. September](#))

Aus den Verbänden

Bundessozialgericht lässt Mindestmengen prüfen

Das Bundessozialgericht (BSG) hat den Beschluss des Landessozialgerichts (LSG) Berlin-Brandenburg gegen die Festsetzung der Mindestmenge bei Operationen für Knie-Totalendoprothesen in Krankenhäusern revidiert. Im August vergangenen Jahres hatte das LSG der Klage eines Krankenhauses gegen den vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) festgelegten Grenzwert von 50 Operationen pro Jahr stattgegeben. Dem BSG zufolge könne die Entscheidung, inwiefern dieser Wert gerechtfertigt ist, jedoch derzeit nicht abschließend getroffen werden. Es sei nicht ausreichend erkennbar, welche Annahmen und Erwägungen der Festlegung auf 50 Operationen pro Jahr durch den G-BA zugrunde liegen. Der Schwellenwert muss nun neu verhandelt werden. Der Vorsitzende der Qualitätssicherungsgremien der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Günther Jonitz, begrüßte das Urteil des BSG: „Willkürliche Grenzwerte sorgen nicht für Qualität - das bestätigt das Bundessozialgericht!“ ([Pressemitteilung der BÄK, 14. September](#))

Techniker Krankenkasse zahlt Beiträge zurück

Die Techniker Krankenkasse (TK) plant als erste größere Krankenkasse, einen Teil ihres Jahresüberschusses an ihre Mitglieder auszuzahlen. Das könnte für jeden der Versicherten eine Prämie von 60 bis 120 Euro bedeuten, die jedoch noch versteuert werden muss.

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) erhofft sich von der Entscheidung der TK, dass auch andere Krankenkassen mit Prämienauszahlungen nachziehen. Bahr betonte: „Die Überschüsse sind das Geld der Versicherten und Patienten und sie sollten daran teilhaben“. Der AOK-Chef, Jürgen Graalman, kritisierte das Vorhaben der TK als Marketingaktion, um Neukunden zu gewinnen. ([Deutsches Ärzteblatt online, 18. September](#); Süddeutsche Zeitung, 19. September)

Hausärzteverband und Telekom gründen Rechenzentrum

Die Hausärztliche Vertragsgemeinschaft AG (HÄVG AG), ein Tochterunternehmen des Hausärzteverbandes, plant gemeinsam mit der Deutschen Telekom AG ein Rechenzentrum zu gründen, über das die Hausärzte bestimmte Selektivverträge mit den Krankenkassen abrechnen können. Über das Gründungsvorhaben muss noch das Bundeskartellamt entscheiden. ([Pressemitteilung der Deutschen Telekom AG, 14. September](#); Handelsblatt, 14. September)

KOMPAKT-Zahl der Woche: 12,5

Auf 12,5 Milliarden Euro soll der Etat des Bundesgesundheitsministeriums für das Jahr 2013 gekürzt werden. Dies sind zwei Milliarden Euro weniger als im Vorjahr. Das geht aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung über den Bundeshaushalt des kommenden Jahres hervor. Die zwei Milliarden Euro waren vor zwei Jahren als Bundeszuschuss für den Sozialausgleich für Zusatzbeiträge der Krankenkassen bewilligt worden. ([Deutsches Ärzteblatt online, 12. September](#))

Aus der Presse

Verhandlungen im Oktober – Ärzte bleiben protestbereit

Die Honorarverhandlungen zwischen KBV und Krankenkassen gehen am 4. Oktober weiter, schreibt die Ärzte Zeitung. Ginge es nach der KBV, würden die Ärzteproteste bis dahin ruhen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) Nordrhein und Brandenburg hingegen wollen den Protest aufrechterhalten. „Es ist wichtig, dass wir handlungsfähig bleiben. Wir müssen unter Segel bleiben und die Dampfmaschinen weiter befeuern“, zitiert die Zeitung den Vorsitzenden der KV Nordrhein, Dr. Peter Potthoff. In Brandenburg sollen ab Montag in den Arztpraxen keine Kassenanfragen mehr beantwortet werden. Am Dienstag beraten alle KVen auf einem Sondertreffen über das weitere Vorgehen. ([Ärzte Zeitung online, 16. September](#))

Ärzte drohen mit Streiks

Niedergelassene Ärzte haben ab kommender Woche Praxisschließungen und Streiks angedroht, sollte es am Samstag keine Einigung in den Verhandlungen um das ärztliche Honorar geben. Das geht aus einer Urabstimmung unter rund 100.000 Vertragsärzten hervor, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die Krankenkassen hätten es nun in der Hand, Proteste durch einen fairen Vertragsabschluss zu verhindern, erklärte Dr. Dirk Heinrich, Vorsitzender des NAV-Virchow-Bundes und Sprecher der Allianz Deutscher Ärzteverbände. Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, signalisierte Kompromissbereitschaft für die Verhandlungen mit dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung. Es gehe um ein akzeptables Ergebnis, sagte er. Die Kassen müssten ihrer Verantwortung gerecht werden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. September)

Aus dem Terminkalender

- 20.09.2012 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 21.09.2012 [6. BMVZ-Praktikerkongress](#)
Berlin, 9 Uhr
- 22.09.2012 Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr
- 22.09.2012 Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Dortmund, 10 Uhr
- 27.09.2012 [4. Qualitätssicherungskonferenz 2012](#)
Berlin, 10-17 Uhr
- 28.09.2012 Vertreterversammlung der KBV
Berlin, 10 Uhr
- 24.10.2012 [KBV kontrovers. Mein Arzt: mein Held – Ärzteschaft: alles Absahner!?](#)
Berlin, 10.30 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 4005-2202
Fax: 030 4005-2290
E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>